

Empathie ohne Bürokratie

Die Flüchtlingskrise bringt neue Formen zivilen Engagements hervor

Der Einsatz für Flüchtlinge hat seit vergangenem Jahr weite Teile der Bevölkerung erfasst. Dabei sind viele neue Akteure auf die Bühne getreten. Wie nachhaltig sind die spontan gegründeten Initiativen?

NINA FARGAHI

Das Schicksal der an Europas Grenzen festsitzenden Flüchtlinge – unter ihnen zahlreiche Kinder – hat einen grossen Teil der Bevölkerung aufgerüttelt. Etablierte Hilfsorganisationen, Vereine, Verbände und kirchliche Institutionen übernahmen viel Verantwortung und erweiterten ihr Leistungsspektrum. Zugleich entstanden neue Formen von zivilem Engagement. Einzelne Bürger wurden mobilisiert, die sich zuvor nie zivilgesellschaftlich engagiert hatten. Sie organisierten sich in Netzwerken, Nachbarschafts- und Freundeskreisen, um Geflüchteten beim Ankommen, beim Aufbau einer Existenz oder bei der Integration in die Gesellschaft zu helfen. Die Initiativen reichen von trendigen Yoga-Kursen für Flüchtlingsfrauen über organisierte Grümpeltourne bis zu WG-Zimmer-Vermittlungen. Ein Imker bietet Flüchtlingen Kurse an, um sich beim gemeinsamen Bienenzuchten besser kennenzulernen.

Mobile Velokurs-Schule

Auch Firmen engagieren sich im Kontext der Flüchtlingszuwanderung, wie zum Beispiel Ikea: Das Möbelhaus hat im letzten Jahr Spenden an Unicef und Save the Children getätigt, die unter anderem Flüchtlingsrouten für Kinder sichern. Zudem lancierte Ikea dieses Jahr das sogenannte «Refugee Inclusion Project», das Geflüchteten über die nächsten drei Jahre Praktika von jeweils sechs Monaten anbietet.

Ein anderes Beispiel von neuem zivilem Engagement ist das Projekt «Züri-Velo», das vor kurzem angelaufen ist. Ein kleines Team bietet an den Wochenenden geschlechtergetrennte Lektionen vor verschiedenen Asylunterkünften im Kanton Zürich an. Auch Verkehrsunterricht und kleine Fahrradtouren gehören



Raphaëla Gisler und Simon Krieger verteilen Regenschutz in Presevo an der serbisch-mazedonischen Grenze.

JOEL SAMES

zum Angebot. Die Gründerin, die Juristin Kristin Hoffmann, sagt: «Ich möchte die Mobilität und die Unabhängigkeit, die mir das Velo bietet, Flüchtlingen weitergeben.» Mit dem Fahrrad könne man neue Orte entdecken, Geld für den öffentlichen Verkehr sparen und Sport treiben. Die mobile Velokurschule steht unter der Schirmherrschaft von Solinetz, agiert sonst aber autonom.

Ohne Bewilligung

Einige Bürger reisten auf eigene Faust direkt zu den Krisenherden, zum Beispiel nach Griechenland und Mazedonien, um Hilfe vor Ort zu leisten. Wie etwa die Initiative «Rastplatz»: Acht junge Leute aus Basel haben einen kleinen Bus zu einer mobilen Küche umgewandelt und sind damit seit September 2015 an verschiedenen Knotenpunkten

in Europa präsent, um Flüchtlinge mit warmen Mahlzeiten und Tee zu unterstützen. Ihre kleine Küche funktioniert mit einfachster Infrastruktur, ohne fließendes Wasser und mit einer unzuverlässigen Stromleitung.

Das Mitglied Joel Sames sagt, er habe es nicht akzeptieren können, dass so nah bei der Schweiz, quasi vor der Haustüre, menschenunwürdige Verhältnisse herrschten. Simon Krieger, ebenfalls ein Mitglied, sagt: «Wir waren überrascht, dass es uns so dringend brauchte.» Die beiden erzählen, wie sie nächtelang im Regen kaputte Decken aus dem Abfall holten und mit ihrem Sackmesser zu neuen Decken für die Kinder zusammenschusterten.

Im Gegensatz zu den Hilfswerken, die Beziehungen zu den Behörden der entsprechenden Staaten pflegen und auf ihren Ruf als Institutionen achtgeben

müssen, setzte sich «Rastplatz» auch manchmal ohne grosse Skrupel über gewisse Vorschriften hinweg. So hätten sie zum Beispiel keine Erlaubnis gehabt, auf bestimmten Parkplätzen ihren Bus zu parkieren, hätten es aber trotzdem gemacht. Auch um den aufwendigen Antrag zur Erlaubnis der Essensabgabe, für die sie verschiedene Stellen hätten angehen müssen, kümmerte sich «Rastplatz» nicht.

Agil, schnell und effizient

Die neuen Akteure, welche die Bühne des zivilen Engagements betreten haben, stehen für einen neuen Optimismus des «trial and error». Es geht darum, «einfach etwas zu machen», mit anzupacken, zu helfen, Fehler nicht zu scheuen und dazuzulernen. Da sich ihre Handlungsfähigkeit nicht in einem Rah-

men von technokratischen oder bürokratischen Strukturen bewegt, sind sie agil, schnell und in vielen Bereichen sehr effizient.

Die neuen Akteure, wie «Rastplatz» und «Züri-Velo», nutzen die Social Media und die technischen Möglichkeiten, um sich zu vernetzen und zu engagieren. Sie arbeiten projektbezogen, ohne sich langfristig an eine Organisation zu binden. Ausserdem wollen sie sich vom gönnerhaften Helfen distanzieren und sich der freundschaftlichen Unterstützung annähern. Neugier und Interesse an den Menschen sowie an zwischenmenschlichen Beziehungen sind ebenso eine Motivation wie die persönliche Horizonterweiterung.

Neue Dimension

Die Vielzahl und Vielfalt von Initiativen für Flüchtlinge, die seit dem letzten Jahr entstanden sind oder Auftrieb erhalten haben, hat zu einer neuen quantitativen Dimension im zivilen Engagement geführt. Die Frage stellt sich, inwiefern das Engagement dieser neuen Akteure nachhaltig ist. Und ob deren Hilfsbereitschaft nicht einer Modeerscheinung gleicht, die je nach medialer Berichterstattung und politischer Kultur in einem Land zu- und abnimmt.

Allerdings kann der Beitrag, den die spontan gegründeten Helfergruppen für die Geflüchteten leisten, nicht mehr nur als Ergänzung zu den bestehenden Hilfsstrukturen gesehen werden. Viele engagierte Bürger springen häufig dort ein, wo Behörden überfordert sind, und übernehmen teilweise staatliche Aufgaben, wie zum Beispiel die Erstversorgung von Geflüchteten oder deren Integration in die Gesellschaft. Indem die vielen Engagierten die Flüchtlinge nicht nur als Empfänger oder als passive Adressaten von Hilfeleistungen behandeln, sondern ihnen als Mitmenschen begegnen, tragen sie wesentlich zu einer aktiven und lebendigen Bürgergesellschaft bei. Letztlich verhindern sie, zumindest bis zu einem gewissen Grad, dass fremdenfeindliche Stimmung in der Schweiz Aufwind erhält.

Der vorliegende Text ist Teil einer Recherche im Auftrag der Zürcher Migrationskonferenz, die am 1. September 2016 stattgefunden hat.

Lobby bestimmt über Luftreinheit

In Schwyz wehren sich Unternehmer erfolgreich gegen Umweltvorschriften

In der Zentralschweiz müssten dieselbetriebene Maschinen seit 2015 mit einem Partikelfilter nachgerüstet sein. Doch die vielen Ausnahmen führen zu einer fast grotesken Situation.

ERICH ASCHWANDEN

Feinstaub ist eine üble Sache und muss an der Quelle bekämpft werden. Dies wird wohl von niemandem bestritten. Vor acht Jahren erliessen deshalb die sechs Zentralschweizer Kantone einen Massnahmenplan, der schärfere Vorschriften erlässt, als dies in weiten Teilen der übrigen Schweiz der Fall ist. Der Luftreinhalteverordnung soll damit Nachachtung verschafft werden.

Ausnahmen von der Ausnahme

Ins Visier genommen haben die Umweltdirektionen unter anderem «stationäre dieselbetriebene Maschinen mit einer Leistung von mehr als 37 Kilowatt». Oder, etwas weniger beamtenhaft ausgedrückt: In Kiesgruben und Betonwerken eingesetzte Maschinen älteren Datums müssen eigentlich seit dem 1. Mai 2015 mit einem Partikelfilter nachgerüstet sein. Nun gibt es aber zahlreiche andere dieselbetriebene Maschi-

nen, die gefährliche Schadstoffe ausstossen. Doch für Pistenfahrzeuge sowie für die in der Forstwirtschaft eingesetzten Maschinen wurden sogenannte Nebenvereinbarungen getroffen. Im Klartext: Ihre Betreiber sind von der Nachrüstpflicht ausgenommen.

Damit wollten sich mehrere Bauunternehmer in Schwyz nicht abfinden und erhoben Beschwerde gegen die entsprechende Allgemeinverfügung des Kantons. Und tatsächlich: Das Schwyzer Verwaltungsgericht kam zum Schluss, dass diese Ausnahmen gegen das Rechtsgleichheitsgebot verstossen. Nach dem Prinzip «Wenn nicht alle, dann keiner» hob der Regierungsrat daraufhin die Pflicht zur Nachrüstung auf. Dies hatte zur Folge, dass in der Zentralschweiz nun unterschiedliche Vorschriften gelten.

Aus der Sicht von Peter Inhelder, Vorsteher des Schwyzer Amts für Umweltschutz, ist das Gerichtsurteil vernünftig: «Es ist nicht einsichtig, warum der Betreiber einer Kiesgrube eine Maschine nachrüsten muss, während ein Forstbetrieb für die gleiche Maschine keinen Partikelfilter braucht.» Tatsächlich ist das gleiche Gabelstaplermodell an einem Ort wohl nicht sauberer als an anderen. Die Neubeurteilung ist für Inhelder nicht zuletzt auch deshalb sinnvoll, weil damit zu rechnen sei, dass die EU 2019 ohnehin eine allgemeine Parti-

kelfilterpflicht für neue Anlagen einführen werde.

Ob eine Maschine als Luftverschmutzer gilt oder nicht, scheint sowieso weniger eine Frage von objektiven Kriterien zu sein als eine Frage der Lobby. In dieser Hinsicht sind die Betreiber von Pistenfahrzeugen besonders verwöhnt. Nach einem Vorstoss von Ständerat Isidor Baumann (cvp., Uri) befreite das Parlament diese Fahrzeuge teilweise von der Mineralölsteuer. Die Begründung: Pistenfahrzeuge benützen die Strasse nicht. Daraufhin kündigte der Aargauer SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner an, für Gabelstapler eine ähnliche Ausnahme anzustreben. Auf diesen Vorstoss wartet die Schweiz immer noch. Pistenfahrzeug ist eben nicht Gabelstapler.

Glückliche Landwirtschaft

Gänzlich ausgenommen von der Pflicht für Partikelfilter ist die Landwirtschaft. Was sie betrifft, ist man auch beim Bund der Auffassung, dass die Bauern mit der Reduktion von Ammoniak als Quelle für Luftschadstoffe schon genügend Herausforderungen zu bewältigen haben. Doch auch in der Landwirtschaft werden Partikelfilter für neue mit Diesel betriebene Maschinen zum Thema, wenn denn ihre starke Lobby nichts dagegen hat.

IN KÜRZE

Rote Köpfe wegen Bündner Olympiaplänen

(sda) · Die Ankündigung der Bündner Regierung, das Volk am 12. Februar 2017 wieder über Olympische Winterspiele abstimmen zu lassen, ruft die Skeptiker auf den Plan. Die Befürchtung des Komitees Olympiakritisches Graubünden werde durch die erneute Abstimmung über Winterspiele 2026 bestätigt. Wieder müsse die Bevölkerung die «Katze im Sack kaufen», teilte das Komitee am Mittwoch mit. Der enge Zeitplan lasse es nicht zu, die genauen Kosten für Infrastrukturen und Sicherheit aufzulisten. Was die Abstimmung betrifft, spricht das Komitee sich bereits gegen eine Kandidatur aus, weil die «Pseudoreform-Agenda 2020 an den Rahmenbedingungen des Internationalen Olympischen Komitees nichts Wesentliches geändert hat».

Was Moutier beim Kantonswechsel erwartet

(sda) · Die Kantone Bern und Jura sowie die Stadt Moutier haben ein Gutachten publiziert, das den Bewohnern Moutiers aufzeigen soll, welche Folgen ein Kantonswechsel hätte. Im Juni 2017 entscheidet das bernjurassische Städtchen, ob es den Kanton wechseln will. Im Gutachten ist zu lesen, dass jede Stimme eines Einwohners von Moutier an Bedeutung gewinnen würde, wenn das Städtchen zum

Jura wechselte. Dies, weil Moutier als jurassischer Ort zehn Prozent der Kantonsbevölkerung stellen würde. Im Gutachten steht auch, Moutier und generell der Berner Jura profitierten vom Sonderstatus, das Bern dieser Region gewähre. Das äussere sich beispielsweise bei Subventionen für Kulturveranstaltungen. Wenn Moutier zum Jura wechselte, müssten lokale Projektorganisatoren mit weniger Geld rechnen.

ANZEIGE

«Unsozial! Reiche Pensionäre bekommen mehr, während arme Rentner kaum profitieren.»

Teure AHV-Initiative NEIN
www.ahv-initiative-nein.ch